



## Europa Aktuell 3/2023

### EU-Solidaritätskorps – Fördermöglichkeiten für Gemeinden

*Das EU-Solidaritätskorps ermöglicht es jungen Menschen, im Rahmen von Freiwilligenarbeit Auslandserfahrung zu sammeln. Gemeinden können dies ermöglichen, indem sie Freiwillige im Kindergarten, in der Jugend- und Kulturarbeit oder im Pflegeheim einsetzen.*

Ein Onlineseminar soll das [EU-Solidaritätskorps](#) speziell in Gemeinden bekannter machen, denn diese können jungen Leuten die Möglichkeit bieten, sich freiwillig zu engagieren und erste Berufserfahrung zu sammeln. Der Einsatzbereich der Freiwilligen ist äußerst vielfältig und kann Kultur, Tourismus, Gesundheit oder Bildung abdecken. Die jungen Leute zwischen 18 und 30 Jahren, die 2 bis 12 Monate bleiben können, arbeiten entweder projektorientiert oder in bestehenden Einrichtungen mit. Die Kosten werden, ähnlich dem Erasmus-Programm für Studierende, aus EU-Mitteln gedeckt. Die Freiwilligen haben Anspruch auf Wohnung, Verpflegungs- und Taschengeld sowie Sprachkurse. Dies, aber auch Freizeitaktivitäten mit anderen Freiwilligen oder Erasmus-Studierenden werden von der nationalen Anlaufstelle organisiert.

In Österreich ist der [ÖAD](#) Anlaufstelle für junge Leute, die ins Ausland wollen und Gemeinden oder andere Organisationen, die jemanden aufnehmen wollen. Gemeinden können sich einerseits direkt an den ÖAD wenden, oder sich bei o.g. Onlineseminar ein erstes Bild machen. Das Seminar findet Mitte Juni findet auf Englisch statt, Interessierte können sich dafür bis 23. Mai anmelden.

<https://www.salto-youth.net/tools/european-training-calendar/training/activating-citizens-municipalities-local-authorities-making-use-of-the-european-solidarity-corps.11212/>

### Europaratsgipfel in Reykjavik

*Der Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Europaratsstaaten in Reykjavik brachte ein klares Bekenntnis zu den Werten des Europarats, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Schutz der Menschenrechte. Auch der Kongress der Gemeinden und Regionen war in Reykjavik hochrangig vertreten und unterstützt die Gipfelerklärung.*



Für Österreich nahm Bundespräsident Alexander Van der Bellen am Gipfel teil und unterzeichnete die Abschlusserklärung. In dieser wird nicht nur der russische Angriffskrieg auf die Ukraine scharf verurteilt, es wird auch daran erinnert, dass der Europarat nach dem zweiten Weltkrieg genau aus dem Grund errichtet wurde, um Frieden und internationale Zusammenarbeit durch einen ständigen Austausch seiner Mitglieder zu fördern.

Neben Rechtsstaatlichkeit und dem Schutz der Menschenrechte zählt ein funktionierendes Mehrebenensystem zu den demokratischen Grundprinzipien der Europaratsmitglieder. Daher werden auch die Europäische Charta der lokalen Selbstverwaltung und deren Überwachung durch den [Kongress](#) als Werkzeuge zur Stärkung der multi-level Governance prominent im Schlussdokument erwähnt.

Beim Schutz der Menschenrechte werden die Gesetzgeber überdies an die Notwendigkeit erinnert, digitale Entwicklungen und Herausforderungen durch künstliche Intelligenz besser zu berücksichtigen.

Zur Unterstützung der Ukraine verabschiedete der Gipfel eine Resolution über ein Schadensregister für die Ukraine, welches als Schritt Richtung Kompensationsmechanismus gesehen werden sollte. Mehr als 40 Mitglieder, darunter Österreich, sowie vier große Beobachter unterzeichneten die Resolution. Weiters fordert der Europarat die sofortige Freilassung aller deportierten Zivilisten, insbesondere von entführten Kindern. Auch dazu wurde eine eigene Resolution verabschiedet.

<https://rm.coe.int/4th-summit-of-heads-of-state-and-government-of-the-council-of-europe/1680ab40c1>